



Schweizerischer Gemeindeverband
Association des Communes Suisses
Associazione dei Comuni Svizzeri
Associaziun da las Vischnancas Svizras

Eidgenössische Steuerverwaltung
Abteilung Steuergesetzgebung
Lukas Schneider
Eigerstrasse 65
3003 Bern

Per E-Mail an:

vernehmlassungen@estv.admin.ch

Bern, 11. Juli 2019

17.400 s Pa. Iv. WAK-SR. Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung Stellungnahme des Schweizerischen Gemeindeverbands (SGV)

Sehr geehrter Herr Schneider, sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 5. April 2019 haben Sie dem Schweizerischen Gemeindeverband (SGV) das oben erwähnte Geschäft zur Stellungnahme unterbreitet. Für die Gelegenheit, uns aus Sicht der rund 1'600 dem SGV angeschlossenen Gemeinden äussern zu können, danken wir Ihnen bestens.

Der SGV konzentriert sich in seiner Stellungnahme auf ein zentrales, übergreifendes Hauptanliegen und geht zum jetzigen Zeitpunkt nicht auf die einzelnen Details der fünf präsentierten Varianten des Vorentwurfs ein. **Gemeindeübergreifender Konsens ist, dass der SGV die vorliegende Reform nur unterstützen kann, wenn das Ziel einer haushaltsneutralen Umsetzung erreicht wird.**

Es wird in der Vernehmlassungsvorlage auf den mit der Abschaffung des Eigenmietwerts verbundenen Einfluss auf das Steuersubstrat der Städte und Gemeinden verwiesen. Der SGV ist der Auffassung, dass in Bezug auf die finanziellen Auswirkungen der Vorlage auf den Bund, die Kantone und die Gemeinden Klärungsbedarf besteht. Die diesbezüglichen Ausführungen im erläuternden Bericht lassen Zweifel aufkommen, ob trotz erklärtem Ziel eine haushaltsneutrale Reform tatsächlich erreicht werden kann. Ausgehend vom aktuellen Zinsniveau könnten für die Gemeinden und Kantone die Einbussen bis zu 1,3 Milliarden Franken pro Jahr betragen. Diesbezüglich stellt die Kommission selbst fest, dass sich im aktuellen Zinsumfeld «keine aufkommensneutrale Reform verwirklichen» lässt, denn eine solche Umsetzung setzt einen langfristigen Hypothekarzins von rund 3.5 % voraus. **Der SGV kann die vorliegende Reform aber nur unterstützen, wenn das Ziel einer haushaltsneutralen Umsetzung erreicht wird.** Angesichts der mit den laufenden Reformen (z.B. STAF, Finanz- und Lastenausgleich) verbundenen Mindereinnahmen für Kantone und Gemeinden sind weitere Einbussen nicht tragbar.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen für Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gemeindeverband

Präsident



Hannes Germann
Ständerat

Direktor



Christoph Niederberger

Kopie an: Schweizerischer Städteverband Bern